Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 3.—, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 3.75. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Diese Nummer kostet auf allen Bahnhöfen und bei den Zeitungs-Verkäufern **10 Pf.**

Redaktion und Expedition: 153 Fernsprecher 222 Johannisgasse 8.
Haupt-Filiale Dresden: Marienstraße 34 (Fernsprecher Amt I Nr. 1713).
Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10 (Fernsprecher Amt VI Nr. 4603).

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt

Amtsblatt des Königl. Land- und des Königl. Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Familien- und Stellen-Anzeigen 20 ₰.
Finanzielle Anzeigen, Geschäftsanzeigen unter Text oder an besonderer Stelle nach Tarif.
Die 4gespaltene Reklamezeile 75 ₰.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: nachmittags 4 Uhr.

Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Extra-Beilagen (nur mit der Morgen-Ausgabe) nach besonderer Vereinbarung.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.
Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig (Inh. Dr. B., R. & W. Klinkhardt).

Nr. 87. **Freitag** den 17. Februar 1905. **99. Jahrgang.**

Das Wichtigste vom Tage.

* Der königl. Kommissar Justizrat Dr. Körner ist von Florenz nach Deutschland zurückgekehrt. Die kleine Prinzessin Anna ist ihm nicht übergeben worden. (S. Dtsch. Reich.)

* Aus Schantung wird über Shanghai gemeldet, die dortigen Deutschen hätten den Gouverneur um Schutz vor neuen christenfeindlichen Unruhen gebeten. (S. Ausland.)

* Der Kaiser Franz Josef empfing gestern nachmittag Koloman Szell, der seine Ansichten über die ungarische Lage auseinandersetzte; eine Entscheidung wurde nicht getroffen. (S. Ausland.)

* Zum französischen Kolonialskandal wird die Verhaftung von vier Beamten, die am Kongo Grausamkeiten begingen, gemeldet. (S. Ausland.)

* Die Krankheit Pobjedonoszews soll sich so verschlimmert haben, daß er nicht mehr arbeitsfähig sein dürfte. (S. den Artikel über Rußland.)

Die Aera Witte.

(Von unserem Petersburger Korrespondenten.)

a. Petersburg, 12. Februar (30. Januar).

In den Ruhm, in einem seit Jahren von Hungersnöten heimgesuchten, wenig kaufkräftigen Lande eine Großindustrie künstlich und bei Treibhaustemperatur geschaffen zu haben, in diesen Ruhm teilen sich Regierung und Banken. Hunderttausende von Ackerbauern wurden der Bodenbearbeitung entzogen, in die Städte gelockt und der Industrie ausgeliefert. War der Bauer im Dorfe ein Tier der Wildnis, preisgegeben allen Elementargewalten der Wildnis, so ist er jetzt, als städtischer Industriearbeiter, ein in den Käfig gesperrtes Tier der Wildnis.

Rußland ist das Land, wo man sich durch Ernennung einer „Kommission" aus allen schlimmen Situationen zieht. Kommissionen mit einem Vorsitzenden, einem Gehülfen des Vorsitzenden, zwei Sekretären, so und so vielen Tischvorstehern und anderen Beamten sind aber nur ein Vorrecht der Bureaukratie. Da seit einigen Jahren, wie bekannt, das Drängen der Gesellschaft nach Mitarbeit immer lebhafter wird, da Ausdrücke, wie „Verfassung", „Parlament", „Konstitution", immer unheimlicher durch die Luft schwirren, hat man den Ausweg der Konferenzen gefunden, auf denen Minister und Regierungsbeamte gemeinsam mit Vertretern eines Arbeitszweiges beraten. Diese „Vertreter der Gesellschaft" werden teils von der Regierung ernannt, teils von öffentlichen Institutionen delegiert und haben selbstverständlich nur beratende Stimme. Irgendwelche bindende oder die Regierung zu einem Schritt nötigende Kraft haben die „Resolutionen" der Konferenzen nicht. Diese haben indes das eine Gute, daß auf ihnen die Bureaukratie auch an mündliche Kritik gewöhnt wird. Für „Fach-Parlamente", wie Idealisten hier diese Konferenzen mitunter nennen, schwärmte man wohl auch eine Zeitlang in Westeuropa, in der Hoffnung, damit den Marasmus des Parlamentarismus zu kurieren. Aber diese Ansätze zu Fach-Parlamenten in Rußland könnten uns darüber belehren, daß sie doch nicht das richtige Mittel sind, um den Willen der gesamten Gesellschaft zum Ausdruck zu bringen. Sie sind ihrem Wesen nach zu einseitig, mehr episch-lyrischen als dramatischen Charakters, es fehlt ihnen die Wucht der durch Rede und Widerrede bewegten Handlung, sowie die wägende und richtende oder schlichtende Stimme eines Chors, der über den Parteien steht.

Wie einseitig auf einem Fachparlament geurteilt werden kann, zeigte die Konferenz, die letzthin, am 6. Februar (24. Januar), vom Finanzminister Kokowzew aus den Fabrikanten des Petersburger Rayons zusammenberufen war. Auf die Frage des Ministers, was zu einer Verbesserung des Loses des Fabrikarbeiters getan werden könnte, erklärten die Fabrikanten, sie wollten ihre Entscheidung bis zum Erscheinen eines entsprechenden Gesetzes hinausschieben und sich vor der Hand nur auf unwesentliche Maßnahmen beschränken. Am deutlichsten sprach der Direktor der Putilow-Werke, Smirnow, die Ansichten der Fabrikanten aus. Er erklärte, eine Entscheidung aller wesentlichen Forderungen der Arbeiter sei in einer Generalversammlung von Vertretern aller Industriezweige absolut unmöglich. So verlangten z. B. die Arbeiter aller Industriebranchen, daß das Minimum für den Tageslohn auf 1 Rubel festgesetzt werde. Dies sei nur für mechanische Fabriken angängig, für die Textilindustrie aber undenkbar. Dasselbe gelte vom Arbeitstage usw.

Ich kenne die deutsche Aktiengesetzgebung nicht, in Rußland aber sind die Aktien- und größeren Kommanditgesellschaften zur öffentlichen Rechenschaftsablegung verpflichtet. Die Dividenden können hier nicht früher ausgereicht werden, als bis die Jahresabrechnung der Gesellschaft vom Finanzminister für richtig befunden und bestätigt ist. Und das ist auch gut so. Denn wenn die gesamte Produktion irgend einer Ware, deren die Gesamtheit bedarf, von fünf bis zehn Fabriken in die Hände genommen ist und wenn dem Import dieser selben Ware vom Weltmarkt ein hoher Zaun wehrt, dann ist es durchaus billig, daß der Staat diese fünf oder zehn Fabrikgesellschaften im Interesse der Oeffentlichkeit überwacht.

Mir scheint, daß heute, wo Fusionen von Riesenkapitalien und ein grobkörniger Konzentrierungsprozeß in der Industrie auf der Tagesordnung stehen, der Staat die dringende Pflicht hat, von jedem großindustriellen Unternehmen die Hinterlegung eines Garantiefonds in zinstragenden Staatspapieren zu verlangen, und in einer Höhe, daß durch diesen Garantiefonds der Arbeitslohn sämtlicher Fabrikbeamten und Arbeiter für eine Frist gedeckt ist. Gehen die Geschäfte gut und kann aus der Bruttoeinnahme der Arbeitslohn gedeckt werden, werden die Zinsen des Garantiefonds den Aktionären ausgekehrt. Wacht der Weltmarkt einen Strich durch die Berechnungen und sinken die Warenpreise so, daß auch die Löhne herabgesetzt werden müssen, — dann dienen die Zinsen des Garantiefonds so weit zur Verstärkung der Einnahmen, als es die Einhaltung eines staatlich festgesetzten und etwa nach dreijährigem Durchschnitt für jeden Ort berechneten Normalarbeitslohnes erfordert.

Durch eine solche Sicherheitsmaßregel würde die Gründung industrieller Unternehmungen erschwert, höre ich sagen. Das stimmt. Aber das soll auch durch eine solche Maßregel gerade bezweckt und erreicht werden. Die individuelle Freiheit, Fabriken zu gründen, wird dadurch nicht angetastet, sie wird nur in eine geregelte Bahn gelenkt. Der Arbeiter, der seine Pflicht leistet, ob die Weltmarktpreise hoch oder niedrig sind, erhält sein ihm unbedingt zukommendes Pflichtteil von Gegenleistung; der Aktionär geht nur in mageren Jahren seiner Zinsen verlustig, und dem Staat kann es nur angenehm sein, wenn bei Gründung eines neuen Unternehmens nicht sofort ein guter Posten von Staatspapieren auf den Markt geworfen und gegen Industriepapiere eingetauscht wird, sondern in Händen der Kapitalisten bleibt, — als Notfalls-Garantiefonds des Industrieunternehmens.

Auch Rußland machte die Fehler der bisherigen Industriestaaten mit, als es sich den Luxus einer eigenen Industrie erlauben wollte und mit Hochdampf die Gründung einer eigenen Fabrikindustrie unter dem Finanzminister Witte betrieb. Rußland verfiel dabei noch in andere Fehler. Es übersah, daß der eigenen Industrie, wenn sie gedeihen soll, auch ein kaufkräftiger innerer Markt von Ackerbauern gegenüberstehen müsse, wie ihn z. B. Deutschland an seiner eigenen ackerbautreibenden Bevölkerung besitzt, oder England sich bei seiner Umwandlung in einen Industriestaat durch die Erweiterung seines ackerbautreibenden Kolonialbesitzes erwarb. Rußland hatte keine kaufkräftigen Ackerbauern, denn es hatte seinen Ackerbau verkommen lassen, im Wahne, ein Agrikulturstaat könne kein Kulturstaat sein, erst die Industrie mache ihn dazu. Das war der eine Fehler. Der andere bestand darin, daß Rußland hauptsächlich mit Hülfe fremder Kapitalien, d. h. ohne selbst über genügendes Kapital zu verfügen, eine russische Industrie schaffen wollte, und diese durch hohe Prohibitivzölle lebensfähig zu machen hoffte. Dieser Fehler enthält ein ganzes Bündel von Fehlern. Das fremde Kapital, das ins Land strömt, hat naturgemäß kein Interesse am Lande selbst, sondern wird bloß nach einer möglichst hohen Verzinsung streben und deshalb schon an und für sich das Industrieprodukt verteuern. Eine weitere Verteuerung bringt die Auswerzung der fremdländischen Konkurrenz mit ihrer billigeren Ware, d. h. der Schutzzoll mit sich. Der russische Fabrikant ist nicht mehr gezwungen, die fremdländische Ware durch Güte und Billigkeit des eigenen Produktes aus dem Felde zu schlagen, sondern setzt für dieses trotz seiner Minderwertigkeit einen Preis an, der dem Preise des ausländischen Produkts nebst Zuschlag von Zoll, Transportkosten, Spesen usw. gleichkommt. Einen solchen Preis kann aber der russische Bauer nicht zahlen, weil er dazu zu arm ist. Die eine Folge also ist eine Verteuerung des einheimischen Industrieprodukts, d. h. ein Luxus, den sich ad majorem patriae gloriam nur ein kapitalkräftiges Volk erlauben kann.

Eine weitere Folge der künstlichen Einbürgerung der Industrie war die Verteuerung der Lebensbedürfnisse, die, wie bekannt, überall eintritt, wo sich Industrie niederläßt. Von dieser Preissteigerung hatte aber der arme und bis über die Ohren verschuldete russische Bauer nichts. Die Gewinne, die hier erzielt wurden, flossen in die Taschen des Zwischenhandels, namentlich des mit einem geradezu raffinierten Wuchertalent ausgestatteten „Kulaks", d. i. des Dorfkrämers und -Wucherers, der, wenn er genug zusammengewuchert hat, seinen Mammon nicht in Industriewerten anlegt, sondern lieber der toten Hand zuweist, indem er eine Kirche baut — natürlich eine steinerne! — und ausstattet. Der Bauer wurde also nicht kaufkräftiger, ja, auch die Kaufkraft anderer Stände nahm durch die Verteuerung der gesamten Lebenshaltung ab. Der fremdländische Kapitalist, der mit „billigen Arbeitslöhnen" und wohlfeilen Lebensbedürfnissen in Rußland gerechnet hatte, und hier dank der mangelhaften Intelligenz und sonstigen geringen Leistungsfähigkeit des russischen Arbeiters teurer als in der Heimat produzierte und Enttäuschung um Enttäuschung erlebte, suchte jetzt erst recht durch hohe Preise für sein Produkt und durch Drücken des Arbeitslohnes die Zinsen für sein Kapital herauszuarbeiten. Vergebliches Bemühen, denn der circulus vitiosus war geschlossen. Es kamen die Krisen und Krache und zu guterletzt der Krieg — und der verderbliche Zirkel rollte sich zu einer großen Spirale des Verderbens und der Unzufriedenheit aus. Das heilige Rußland soll noch eines ehernen Schicksals Gebot heute das ernten, was der Zar Alexander III. säete und sein Sohn und Nachfolger kultivierte. Auch der Klee, den der „heimliche Kaiser", der Präsident Witte, dazwischengesät hat, ist heute schnittreif.....

Unterdessen ist der Finanzminister beim Zaren mit einem Memorandum zur Arbeiterfrage gewesen, dessen Inhalt die offiziöse „Petersburger Telegraphen-Agentur" wohl dem Auslande übermittelte, den inländischen Blättern aber nicht, so daß das ganze Reformprojekt offenbar bloß Sand Potemkinscher Dörfer ist. Nur ein Punkt dieses Reformprojekts hat mich aufs höchste interessiert. Der Finanzminister hat u. a. dem Zaren erklärt, es sei „notwendig ... die Behörden zu nötigen, daß sie sich den Gesetzen gemäß verhalten!"

Wie kindisch das klingt! Von wem wird denn diese „Nötigung" ausgehen? Etwa von Manuchin, dem jetzigen Justizminister und früheren Gehülfen des unter die Diplomaten gegangenen, bisherigen Justizministers Murawjew? — Nun, Manuchin und Murawjew haben seinerzeit zusammen die Institution der „Landhauptleute" geschaffen, dieses Justiz und Verwaltung in einer Person vereinigenden und zur Niederhaltung des Bauernstandes geschaffenen Amtes, zu dessen Bekleidung kein anderer Befähigungsnachweis verlangt wird als der, den Zugehörigkeit zum Adel und „zuverlässige", d. i. entschlossene, bureaukratisch-reaktionäre Gesinnung verleihen. Manuchin wird kaum anders, als Murawjew sein, dem die Presse jetzt wahre Harfentöne nachsendet. Verhältnismäßig zahm ist noch die „Ruß", die von Murawjew sagt, er habe den Begriff des „Generalprokureurs" (Generalstaatsanwalts) vortrefflich zu entwickeln verstanden. Während seiner elfjährigen Tätigkeit wurde der „Ausschluß der Oeffentlichkeit" zum System erhoben, und es gab keinen größeren Prozeß, bei dem nicht dem betreffenden Gericht eine Direktive vom Justizminister zuging. Da Murawjew die Präsidenten und Vizepräsidenten der Gerichte meist aus den Staatsanwälten nahm, erhielt das ganze Gerichtswesen Rußlands ein schön einheitliches, staatsanwaltliches Gepräge. Die Revision der Gerichtsverfassung hat zwar die Hoffnungen nicht erfüllt, die man auf Murawjew setzte, aber ergab doch drei Reformen: während seiner zehnjährigen Amtstätigkeit wurde die Uniformierung der Richter und Gerichtsbeamten dreimal einer Reform unterzogen! Die letzte Uniform wurde am 1. Januar 1905 eingeführt, ist aber so unbequem, daß noch in diesem Jahre eine vierte Reform und Uniform nottut! — Und die Zeitung „Raschs Shisnj" („Unser Leben") besingt Murawjew den Diplomaten. Das Blatt meint, zwei Exkursionen, die er als Justizminister ins Gebiet der Diplomatie unternahm — einmal in einem Auslieferungshandel mit der italienischen Regierung und das andere Mal als Vorsitzender im Haager Schiedsgericht —, hätten ihm freilich empfindliche Schlappen eingetragen. Darnach ließen sich aber die diplomatischen Fähigkeiten des neuen Botschafters in Rom nicht beurteilen. Denn als Justizminister stand er auf der Höhe der diplomatischen Befähigung. So verteidigte er auf der einen Seite als Mann der Wissenschaft von der Höhe des Katheders die Grundlagen der russischen Justiz, als: öffentliches Verfahren, Unabhängigkeit des Richterstandes usw. Trat aber an ihn von anderer Seite die „Forderung einer höheren Ordnung" auf Verhinderung eines unabhängigen Richterspruches heran — eine Forderung, die oft und nie vergebens an die Adresse Murawjews gerichtet wurde, — dann zeigte er sein ganzes diplomatisches Talent. Denn von „doktrinärer Einseitigkeit und puritanischem Rigorismus" ist Murawjew durchaus frei. Er ist so vielseitig veranlagt, daß er gleich einem anderen talentvollen, hohen Beamten sagen könnte: „Befehlen Majestät — und ich bin morgen Akkouchen!" In seiner „kitzlichen diplomatischen Position zwischen Gott und Mammon" war er aber — die Gerechtigkeit erfordert das zu sagen — immer ein „ehrlicher Makler", der immer „ein Kompromiß zwischen für ihn klaren und notwendigen Forderungen einer gerechten Rechtsprechung und nicht weniger klaren, aber noch notwendigeren und gebieterischeren Forderungen bureaukratischer Willkür" zu finden wußte.

Nun, wenn der neue Justizminister Manuchin ein ebensolches diplomatisches Talent, wie sein Vorgänger ist, wird es ihm wohl auch glücken, ein Kompromiß ausfindig zu machen, um dem Wunsche des Finanzministers gemäß „die Behörden zu nötigen, daß sie sich den Gesetzen gemäß verhalten!"

Eben ist auch eine Kommission zur Revision des Zensurstatuts und zur Ausarbeitung eines Preßgesetzes ernannt worden. Denn das, was bisher so heißt, sind im Grunde bloß Regeln, die im Jahre 1864 unter Alexander II. „vorläufig" erlassen wurden, — „bis zum Erlaß eines Preßgesetzes"! — Eine etwas lange „Vorläufigkeit" — Der Vorsitzende der Kommission, Wirklicher Geheimrat Kobeko, hat sich von einem Mitarbeiter der „Ruß" interviewen lassen, und dabei in der Tat durchaus liberale Ansichten entwickelt, freilich, wie er sagte, seine persönlichen Ansichten. Er meinte, alle Zeitungen, also die Residenzblätter und die Provinzialpresse, müßten gleich und unter ein Régime gestellt werden, d. h., entweder müßten alle der Präventivzensur unterworfen oder alle von ihr befreit sein. Da nun eine Rückkehr zum früheren Zustande, wo auch die Residenzblätter der Präventivzensur unterstanden, jetzt ziemlich zweifelhaft sei, „bleibt als logischer Schluß nur übrig, daß alle Zeitungen von der Zensur befreit werden. Auch sprach sich der Geheimrat für eine Beseitigung der administrativen Verbindungen der Presse und für eine Anrufung des ordentlichen Gerichts aus, falls eine Maßregelung eines Preßorgans erforderlich sein sollte. Das hört sich ja alles sehr schön an, aber man wird gut tun, abzuwarten und kalt Blut und warme Unterkleider zu behalten.

Die Krisis in Russland.

Die Krankheit Pobjedonoszews,

wovon das „B. T." zu melden wußte, hat sich nach dem „L.-A." bedenklich verschlimmert. Er muß allen Regierungsgeschäften fernbleiben und wird durch seinen Gehilfen Sabler vertreten. Nach Ansicht der Aerzte dürfte er überhaupt nicht mehr arbeitsfähig werden.

Gorki.

Der „L.-A." erhält das folgende, nicht sehr zuverlässige Telegramm: Die Hoffnung der Freunde Maxim Gorkis, der Dichter werde bald aus der Peter-Paulsfestung befreit werden, dürfte sich nun doch nicht erfüllen. Im Gegenteil wird Gorki so lange interniert bleiben, bis die Arbeiterfrage, die mit politischen Fragen eng verbunden ist, endgültig gelöst ist (?).

In Warschau.

Nach einem Warschauer Telegramm traten die Fabrikanten Warschaus und der Umgegend am Mittwoch zusammen, um die Mittel ausfindig zu machen, durch die die Lage der Arbeiter aufgebessert werden könne. Zur Beseitigung des Ausstandes wurde unter anderem vorgeschlagen, zu gestatten, daß am Nachmittag des 1. Mai gefeiert werde.

Der russisch-japanische Krieg.

Gripenberg.

Aus Moskau meldet ein Telegramm vom Donnerstag: General Gripenberg ist heute mittag hier eingetroffen und nach Petersburg weitergereist.

Noch ein Stössel-Interview.

Wie der „Standard" berichtet, hat auch sein Berichterstatter eine Unterredung mit General Stössel an Bord der „Australia" in Port Said gehabt. Der General bestritt entschieden, daß die Festung bei der Kapitulation noch für ungefähr 3 Monate Proviant gehabt habe, und daß die Besatzung noch 25 000 Mann stark gewesen sei. Stössel wie sein Stabschef beteuerten, daß die Uebergabe von Port Arthur unvermeidlich gewesen sei.

Die bevorstehende Belagerung Wladiwostoks.

Der „Frkf. Ztg." wird geschrieben: Durch kaiserlichen Ukas vom 7. Februar ist Wladiwostok zum Range einer Festung erster Klasse erhoben worden, was auf entsprechende Verstärkung der Festungsstäbe schließen läßt. Durch einen Armeebefehl vom selben Datum ist der Generalleutnant Kasbeck zum Kommandanten dieses wichtigen Platzes ernannt worden. Der General, welcher im fünfundsechzigsten Lebensjahre steht, hat sich im letzten russisch-türkischen Kriege mehrere Wunden und die üblichen Ordensauszeichnungen geholt und später ein Regiment befehligt. Von 1892—1897 war er Stabschef der Festung Warschau und zuletzt Kommandant dieses wichtigen Waffenplatzes. Gleichzeitig mit diesen rein militärischen Maßregeln hat man das Knabengymnasium nach Kertschinsk verlegt, während das staatliche orientalische Spracheninstitut mit Extrazug nach Werchneudinsk abgedampft ist. Daß man es mit keinem falschen Alarm zu tun hat, ist aus der immer enger werdenden Blockade der Festung zur See und der Sprengung einer wichtigen Eisenbahnbrücke im Rücken der russischen Armee halbwegs zwischen Charbin und Mukden zu ersehen.

Der Aufstand in Südwestafrika.

Trothas Heimkehr.

Die Nachricht von der demnächst zu erwartenden Rückkehr des Generals v. Trotha aus Afrika erscheint der „T. R." zwar trotz der noch fehlenden amtlichen Bestätigung glaublich, doch sei der Zeitpunkt, zu dem „im Zentrum und im Süden des Schutzgebiets die Ordnung wiederhergestellt" sein wird, einstweilen leider noch nicht abzusehen. Aus diesem Grunde werde der General diesen Zeitpunkt nicht abwarten können, wenn er „in voraussichtlich nicht mehr ferner Zeit" zurückkehren soll. Das Blatt fährt dann fort:

Es war weiterhin behauptet, daß die Anwesenheit des Herrn von Trotha in Deutschland durch die Vorbereitungen für den „über kurz oder lang" unvermeidlichen Ovambo-Feldzug notwendig geworden sei. Von Vorbereitungen für einen Ovambo-Feldzug ist noch auf sehr lange Zeit hinaus nicht die Rede. Nach den Erkundungen, die bis jetzt in Deutsch-Südwestafrika und namentlich jüngst im Süden der Kolonie gemacht worden sind, besteht gar kein Zweifel, daß vor Bau und Inbetriebnahme einer Bahn von Swakopmund bis etwa Zureb an einen Krieg im Norden der Kolonie nicht zu denken ist. In diesem Punkt sind sich die heimischen Instanzen mit General von Trotha selbst völlig einig. Die Gründe für die etwaige Rückkehr des Generals können nur auf persönlichem Gebiet gesucht werden. Einmal mag seine Gesundheit unter den Strapazen des Feldzuges gelitten haben. Zweitens hat er selbst für die Dauer sich wohl der Erkenntnis nicht verschließen können, daß, wie Kenner der Verhältnisse von vornherein behaupteten, die Kriegführung in Deutsch-Südwestafrika trotz aller mit ihr verbundenen Schwierigkeiten für einen Offizier von dem hohen Rang des Generals keine rechte Gelegenheit zur Betätigung biete. Nicht zuletzt mögen gewisse Meinungsverschiedenheiten, die zwischen Herrn von Trotha und Berliner für ihn maßgebenden Stellen bestehen, dem General die Fortführung seines undankbaren Mandats verleidet haben. So ist ein Erlaß des Generals, der sich auf die Behandlung zur Niederlegung der Waffen bereiter Gegner bezog, in Berlin nicht gebilligt worden; Herr von Trotha hat ihn zurückgezogen, soweit wir unterrichtet sind, auf Grund ihm übermittelter Allerhöchster Entschließung.

Die wenig günstigen Einwirkungen des „grünen Tisches" scheinen sich also schon wieder geltend zu machen.

Der neue Gouverneur.

Die Verhandlungen mit Herrn v. Lindequist über die Uebernahme des Gouvernements von Südwestafrika befinden sich, wie der „Nat.-Ztg." von gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird, noch immer in der Schwebe. Der schwierigste und zugleich für die Entschlüsse des Herrn v. Lindequist entscheidende Punkt ist die Stellung des Gouverneurs zum Truppenkommandeur. Militärische Kreise wünschen, daß der Truppenkommandeur dem Gouverneur koordiniert sei, und weisen auf das Verhältnis zwischen dem Oberpräsidenten einer Provinz und dem kommandierenden General hin. Der Unterschied aber besteht erstens darin, daß im Mutterlande die über dem Oberpräsidenten und dem kommandierenden General stehenden Stellen schnell bei der Hand sein können, um aus Reibungen entstehende Unzuträglichkeiten zu verhindern, während in Südwestafrika durch solche Reibungen allerhand Unheil angerichtet sein kann, ehe von Berlin aus eingegriffen werden kann. Zweitens kommt ein Oberpräsident sehr selten in die Lage, auf die bewaffnete Macht angewiesen zu sein, während der Gouverneur unter